DIE LINKE, Sommer 2020

DIE LINKE.

Profite machen krank
Wie das Gesundheitssystem auf Gewinn getrimmt wurde **Seite 2**

Mietendeckel überall
Wie wir den Mietwucher in Deutschland stoppen **Seite 2**

Druck von links
Im Bundestag ist DIE LINKE soziale Opposition **Seite 3**

Klimagerechtigkeit jetzt
Wir besiegen Corona und retten das Klima **Seite 4**

Vergessene Kinder
Corona verschärft die Bildungsungerechtigkeit **Seite 5**

Die Milliarden-Abzocker
Sie kassieren bei der Arbeitsagentur und zahlen Dividenden **Seite 7**

Doping für Konzerne
Konjunkturpaket hilft vor allem den Großkonzernen **Seite 8**

Danke heißt: Mehr Gehalt!

In der Corona-Krise sind sie unverzichtbar – doch das Personal in Krankenhäusern, Supermärkten und Speditionen schuftet immer noch für Hungerlöhne

Die Corona-Krise hat gezeigt, auf wen es wirklich ankommt: Pflegekräfte, Verkäufer*innen, Reinigungskräfte sowie Lkw- und Busfahrer*innen. Sie sicherten unsere Versorgung und retteten Leben. Dabei schoben sie unzählige Überstunden und riskierten oft auch eine Infektion mit Covid-19. Die Faustregel scheint: Je schlechter die Arbeit bezahlt wird, desto systemrelevanter ist sie. Vor der Krise rechtfertigten Ökonomen und Manager die miesen Löhne mit der Behauptung, die Arbeit trage wenig bei zur »Wertschöpfung«, also zu dem, was wirklich Geld bringt. Jetzt scheint klar: Wirklich wichtig ist nicht das, was man zu Geld machen kann.

Selbst im Bundestag gab es Beifall für die systemrelevanten Alltagsheld*innen. Doch mit Lob und Applaus allein können die Menschen ihre Miete nicht zahlen. Es braucht bessere Löhne und sichere Arbeitsbedingungen. In Tarifverträgen wird normalerweise beides festgelegt. Doch die Unternehmerverbände wollen stattdessen den Mindestlohn absenken oder zumindest nicht erhöhen. Sie drücken sich um allgemeine Tarife, die für alle in der Branche verbindlich wären. Die Medien berichten oft über die Probleme der Konzerne, aber selten über die Sorgen der Pflege- und Reinigungskräfte oder des Verkaufspersonals in den Supermärkten.

Unternehmen beklagen den »Fachkräftemangel«. Diese Fachkräfte anständig bezahlen wollen sie aber nicht. Stattdessen suchen sie gut ausgebildete Beschäftigte aus ärmeren Ländern, die hier für Niedriglöhne arbeiten. Wo Tarifverträge anständige Löhne und Arbeitsbedingungen festlegen, lagern sie die Arbeit an Subunternehmen oder Leiharbeitsfirmen aus: Ob im Krankenhaus, im Einzelhandel, in der Fleischindustrie, der Autoindustrie, beim IT-Support oder im Kundenservice: Werkverträge dienen fast immer zum Unterlaufen von Tarifverträgen. Schluss damit! ■

Wir fordern:

- Tarifverträge müssen leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, z. B. in der Pflege und im Einzelhandel, auch ohne Zustimmung der Unternehmerverbände.
- Die Auslagerung von Tätigkeiten auf Subunternehmen muss gesetzlich stark eingeschränkt werden.
- Der Mindestlohn muss auf 13 Euro angehoben werden, damit Beschäftigte später auf eine Rente über Hartz-IV-Niveau kommen.

Liebe Leserinnen und Leser,
Corona zeigt: Wir leben am Limit. Pflegekräfte pflegen am Limit. Wer seinen Job verliert oder auf Kurzarbeit gesetzt wird, droht abzusteigen. Selbstständige bangen um ihre Existenz. Eltern betreuen am Limit, wenn Schulen und Kitas geschlossen sind. Kein Limit kennt dagegen Amazon-Chef Bezos. Sein Vermögen stieg von März bis Mai um 34 Milliarden US-Dollar. Ich sage: Eine Gesellschaft, die das zulässt, ist deutlich über Limit. Deshalb stehen wir am Scheideweg. Wir stellen die Gerechtigkeitsfrage: Endlich einsteigen in den sozialen und ökologischen Systemwechsel? Weg frei für einen neuen Sozialstaat? Mit guter öffentlicher Bildung und Dienstleistungen? Na klar, mit uns! Wie das gelingen kann, lesen Sie auf den folgenden Seiten. ■

***Jörg Schindler** ist Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE*

Rassismus bekämpfen!

Black Lives Matter: Auch in Deutschland werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert

Der Mord an dem Afroamerikaner George Floyd durch US-Polizisten hat weltweit Proteste ausgelöst. Von Minneapolis bis Magdeburg gingen Millionen auf die Straße und machten deutlich: »Black Lives Matter – Rassismus tötet!« Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten hat seine Vergangenheit als Sklavenhalterstaat nie ganz aufgearbeitet. Das rächt sich nun. DIE LINKE unterstützt die Demonstrationen gegen die rassistische Polizeigewalt in den USA und hierzulande. Denn auch in der Bundesrepublik gehört Racial Profiling zum Polizeialltag. Dabei werden Betroffene aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert. Für viele Menschen eine demütigende Erfahrung. Die Vereinten Nationen sprechen gar von institutionellem Rassismus in Deutschland. Das fängt an bei den vielen undurchsichtigen Vorgängen rund um die NSU-Morde und reicht bis zum Tod Oury Jallohs in einer Dessauer Polizeizelle.

Wer Rassismus bekämpfen will, muss bei der Sprache anfangen. DIE LINKE fordert seit 2010, den Begriff Rasse aus Rechtsdokumenten zu streichen. So etwa im Grundgesetz, wo es in Artikel 3 heißt, niemand dürfe wegen seiner »Rasse« benachteiligt werden. ■

imago images / Bildgehege

Auch in Deutschland protestierten Zehntausende gegen rassistische Gewalt.

Corona ist ein Weckruf

Das Profitstreben in Krankenhäusern und Pflegeheimen gefährdet unsere Gesundheit

Entschlossen und solidarisch gegen den Pflegenotstand!
Jetzt unterzeichnen auf www.pflegenotstand-stoppen.de

Bilder aus den Krankenhäusern, wie wir sie aus Italien gesehen haben, sind uns hierzulande bisher erspart geblieben. Die Beschäftigten sind trotzdem im Ausnahmezustand. Der Pflegenotstand war schon vor Corona da. Jetzt kommen fehlende Schutzausrüstung, noch mehr Stress und ein höheres Risiko dazu: 10 Prozent der Corona-Infektionen betreffen Beschäftigte im Gesundheitssystem.

> *„Wenn wir jetzt nicht aus unseren Fehlern lernen – wann dann?"*

Gesundheitsminister Spahn hat den Pflegenotstand lange ignoriert – und dann unter dem Druck von Beschäftigten, Gewerkschaft und auch der LINKEN notgedrungen reagiert: Kliniken sollen die Kosten für mehr Personal erstattet werden. Aber ohne eine echte Aufwertung der Arbeit durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen lässt sich der selbst verschuldete »Fachkräftemangel« nicht beheben.

Die Corona-Krise sollte für alle ein Weckruf sein. Die Krankenhäuser wurden durch neoliberale »Reformen« auf Wettbewerbsfähigkeit getrimmt und unter Kostendruck gesetzt. Im System der Fallpauschalen bekommen die Kliniken kein Geld für vorgehaltene Betten oder eine gute Personalausstattung. Auf Pandemien sind sie unter diesen Bedingungen nicht vorbereitet. Von diesem System profitieren nur private Krankenhauskonzerne wie Helios. Ihre Aktionäre haben auf Kosten von Beschäftigten, Patienten und den Beitragszahlern der Krankenversicherung Hunderte Millionen verdient. Mittlerweile ist auch mehr als die Hälfte der Pflegedienste in privater Hand. Die Unternehmensberatung McKinsey preist den Gesundheitssektor als Goldgrube für Investoren an.

Wenn wir jetzt nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen – wann dann? Aber die Bundesregierung hält weiter ihre schützende Hand über die Profiteure des Pflegenotstands. Das im März beschlossene »Covid-19-Krankenhausentlastungsgesetz« lässt die Fallpauschalen unangetastet. Es drohen weitere Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern.

Die LINKE macht Druck für einen grundlegenden Richtungswechsel:

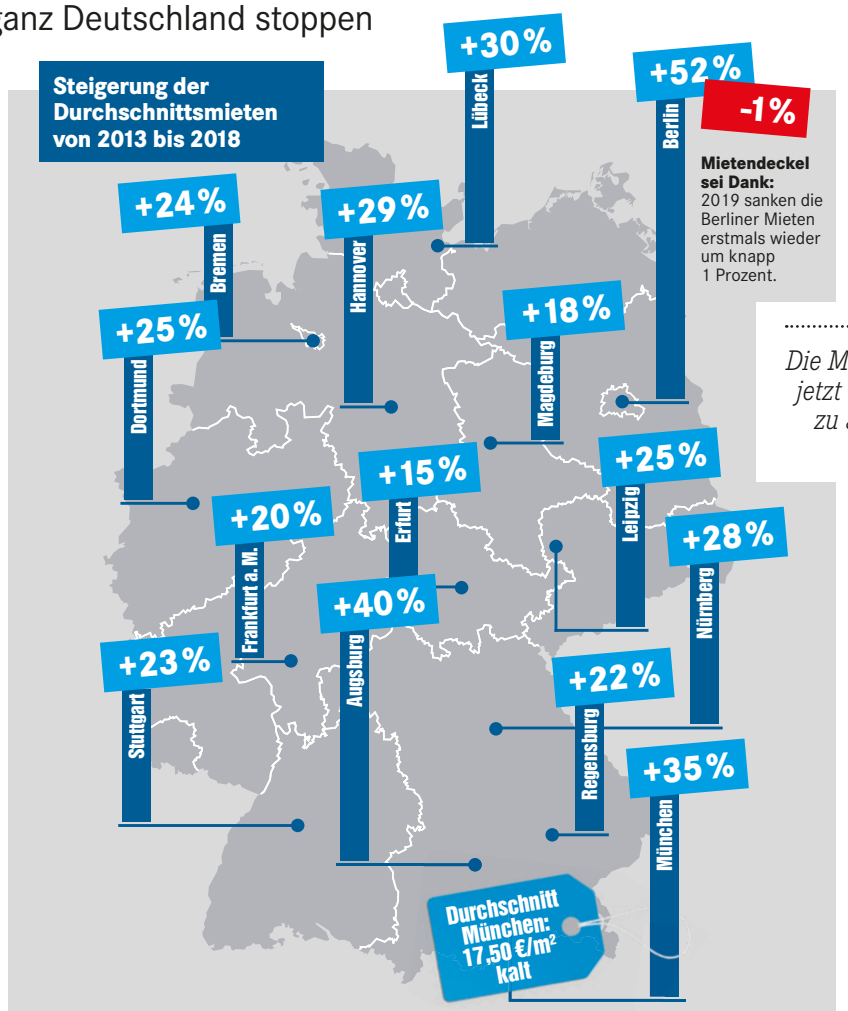
- **Höhere Löhne und humane Arbeitszeiten** für alle Beschäftigten im Gesundheitssystem – durch flächendeckende Tarifverträge und eine ausreichende Finanzierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Sofort 500 Euro mehr pro Monat für alle!
- **Mehr Personal, weniger Stress:** In den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen insgesamt 200 000 Pflegekräfte. Statt Pflegekräfte zu 12-Stunden-Schichten zu verdonnern, braucht es verbindliche Mindestpersonalregelungen!
- **Keine Profite mit Gesundheit und Pflege!** Die Fallpauschalen müssen sofort abgeschafft werden! Die Finanzierung von Krankenhäusern muss den notwendigen Bedarf decken. Die LINKE will ein Profitverbot für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Wenn die Multimillionäre und die Profiteure von Krise und Pflegenotstand endlich zur Kasse gebeten werden, können Hunderttausende sinnvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen kommen dann endlich zurück in öffentliche Hand!
- **Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung:** Immer mehr Menschen müssen sich verschulden, um die Kosten für Pflege zu berappen. DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Lösung ein: Die Pflegeversicherung muss zur Vollversicherung ausgebaut werden. Das Prinzip ist einfach: wenn ALLE (auch Millionäre, Besserverdienende, Politiker und Beamte) in die gesetzliche Versicherung einzahlen, entstehen Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Michael Breyer

Mietendeckel überall!

Kurzarbeit und Jobverlust bringen viele Mieter in Not. Deshalb müssen wir den Mietwucher jetzt in ganz Deutschland stoppen

In der Corona-Krise haben viele Menschen wegen Kurzarbeit, Jobverlust oder drastischen Auftragsrückgangs Probleme, ihre Miete zu zahlen. Sie laufen Gefahr, ihre Wohnung zu verlieren. Der im Rahmen des Corona-Hilfspakets der Bundesregierung verstärkte Kündigungsschutz für Mieter während der Corona-Pandemie gibt Mieter*innen eine Atempause, aber er löst nicht das Problem. Kündigungen aus anderen Gründen sind weiter zulässig. Außerdem ist er befristet. Irgendwann müssen die ausstehenden Mieten gezahlt werden. Es gilt: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. DIE LINKE fordert: Niemand darf während der Corona-Krise seine Wohnung verlieren! Alle Kündigungen müssen ausgeschlossen und Zwangsräumungen in der Krise verboten werden! Doch auch in Sachen Wohnen verschärft Corona nur Probleme, die es bereits vorher gab. Die Mieten in den Städten steigen seit Jahren drastisch. Es wird für Menschen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen zusehends schwieriger, eine Wohnung zu finden, die sie sich leisten können. Doch des einen Leid ist des anderen Freud. Die Wuchermieten, die die Mieter*innen zahlen, sind die Profite und Renditen der Immobilienkonzerne und Vermieter.



Der sogenannte Wohnungsmarkt dient vor allem den Profitinteressen der Immobilienlobby. Die Bundesregierung und die meisten Landesregierungen schauen der grassierenden Wohnungsnot seit Jahren tatenlos zu. Doch nicht überall: Die Mieten in Berlin sinken jetzt – ganz im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten. Denn Rot-Rot-Grün in Berlin hat den Deckel draufgemacht und die Notbremse gegen Mietenwahnsinn gezogen. Einmalig in Deutschland.

Der Mietendeckel schützt nun rund anderthalb Millionen Haushalte in Berlin besser vor den Profitinteressen der Immobilienlobby. Er sorgt für einen fünfjährigen Mietenstopp, verbindliche Mietobergrenzen und eine Absenkung überhöhter Mieten. Die Berliner LINKE und Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, waren die treibende Kraft dahinter. Sie hat klargestellt: »Politik hat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich Menschen ein Dach über dem Kopf leisten können.«

> *„Die Mieten in Berlin sinken jetzt – ganz im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten."*

Der Mietendeckel ist ein großer Erfolg, der aber leider auf Berlin beschränkt ist – noch. Denn der Kampf für die Interessen der Mieter*innen geht weiter. Für einen Mietendeckel und Mietenstopp überall in Deutschland! Wohnen ist Menschenrecht. Spekulation nicht!

Mehr unter: ***www.miete-bezahlbar.de***

»Höchste Zeit, etwas zu ändern«

Krankenpfleger Moritz Damoune über politisch gewollten Personalmangel und das fatale Profitstreben im Gesundheitswesen

Moritz Damoune will Kliniken in öffentlicher Hand

In den vergangenen Monaten erhielten Pflegekräfte wie du viel Zuspruch. Im Bundestag gab es Beifall von allen Fraktionen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) dankte euch dafür, dass ihr »bis an die Grenzen der Belastbarkeit« geht.

Das ist absoluter Hohn! Diejenigen, die dort applaudierten, sind die, die das Gesundheitssystem in den vergangenen Jahren kaputtgespart haben. Es sind auch diejenigen, die es jetzt in der Hand hätten, viele Dinge, die wir Pflegenden schon lange bemängeln, zu ändern. Selbstverständlich ist Geld nicht alles, aber anzuerkennen, was wir leisten, bedeutet auch, uns gerecht zu bezahlen. Mindestens 500 Euro monatlich mehr – das wäre eine erste und schnell umsetzbare Maßnahme.

> *Selbstverständlich ist Geld nicht alles, aber anzuerkennen, was wir leisten, bedeutet auch, uns gerecht zu bezahlen.*

Wie hat sich denn dein Arbeitsalltag durch das Corona-Virus verändert?

Speziell auf meiner Station hat sich noch nicht viel geändert. Corona-Patienten werden solange wie möglich nicht zu uns verlegt, um das Risiko für die Transplantationspatienten so gering wie möglich zu halten. Das eigentliche Problem ist der seit Langem bestehende Personalmangel. Um eine ganzheitliche Pflege gewährleisten zu können, sollte eine Pflegekraft maximal zwei Patienten betreuen, in besonders schweren Fällen sogar nur einen. In den meisten Fällen ist das Betreuungsverhältnis allerdings eins zu drei, oft sogar eins zu vier. Dinge wie Krisengespräche oder eine umfassende Mobilisation der Patient*innen bleiben dann auf der Strecke.

Ist der Personalmangel in den Krankenhäusern tatsächlich das größte Problem?

Jein. Der Personalmangel ergibt sich aus den seit vielen Jahren andauernden Einsparungen im Gesundheitswesen. Es ist höchste Zeit, etwas zu ändern. Wir müssen von einem profitorientierten Gesundheitswesen Abstand nehmen. Es ist frustrierend zu sehen, dass Kliniken wie Konzerne Profit aus den Erkrankungen der Menschen schlagen müssen. Das Hauptproblem sind hierbei die Fallpauschalen.

Wenn einmal weniger Menschen behandelt werden, weil zum Beispiel wie jetzt geplante Eingriffe abgesagt werden müssen, entsteht unmittelbar eine Finanzierungslücke im Budget der Klinik. Diese Lücke muss denn wieder eingespart werden, meistens beim Personal. Aber was sollen die Kliniken auch machen? Sie müssen sich in diesem System darüber selbst finanzieren. Niemand käme auf die Idee, die Feuerwehr oder die Polizei danach zu finanzieren, wie viele Einsätze sie fahren. Wieso also bei der Gesundheitsversorgung? Krankenhäuser sind keine Unternehmen, Gesundheit ist keine Ware. Kliniken gehören in öffentliche Hand und müssen sich am Bedarf der Bevölkerung orientieren.

In den ersten Wochen der Pandemie war immer wieder die Rede von Engpässen bei der Schutzausrüstung. Hat sich die Situation mittlerweile entspannt?

Die Engpässe sind nicht mehr so gravierend. Die Kliniken hamstern jetzt in Erwartung der zweiten Welle. Wir sind noch nicht zum Vor-Corona-Zustand zurückgekehrt. Schutzausrüstung wird rationiert. Ein einfacher Mundschutz, der als Einwegartikel früher nach jedem Patientenkontakt weggeworfen wurde, wird heute über die gesamte Schicht getragen. Auch mit den Schutzkitteln haushalten wir. Patienten nach einer Transplantation müssen vor Infektionen besonders geschützt werden. Deshalb gehören Handschuhe, Schutzkittel, Hauben, Mundschutz und Schutzbrillen zur täglichen Ausrüstung. ■

***Moritz Damoune** ist 28 und arbeitet als Gesundheits- und Krankenpfleger auf einer Intensivstation der Berliner Charité.*

Handeln. Für die Menschen.

Die Covid-19-Pandemie hat uns alle hart getroffen. Regieren bedeutet in diesen Zeiten ein permanentes Abwägen zwischen höchsten Rechtsgütern: den Freiheitsrechten auf der einen, dem Recht auf Leben auf der anderen Seite. Es hat mich nicht unberührt gelassen, wenn zum Schutz der Gesundheit Schulen oder Pflegeeinrichtungen geschlossen oder wenn Beerdigungen reglementiert werden mussten.

Die Landesregierung in Thüringen hat sich dieser Verantwortung gestellt und durch effektive Infektionswegunterbrechung Zeit gewonnen, um erfolgreich medizinische Kapazitäten für den Ernstfall aufzubauen. Jetzt, wo Lockerungen verantwortbar sind, ist unser Ziel, mehr Testkapazitäten bereitzustellen. Vor allem in Schulen oder Pflegeeinrichtungen. Thüringens Landesregierung ist da Vorreiter. Darauf bin ich als Ministerpräsident mit linkem Parteibuch stolz. Stolz bin ich auch, wie andere Regierungen mit linker Regierungsbeteiligung agiert haben. In Berlin erhielten Soloselbstständige und kleine Gewerbetreibende 5.000 Euro Soforthilfe.

Gleichzeitig hat die Pandemie schon lange bestehende Probleme verstärkt und uns gezeigt, wie wichtig linke Politik in vielen Bereichen – gerade auch jetzt – ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Noch vor wenigen Monaten empfahl eine Bertelsmann-Studie, kleine kommunale Krankenhäuser zusammenzulegen. Ich habe mich deutlich dagegen ausgesprochen – auch weil es für mich genuin linke Politik ist, jedem Menschen einen optimalen Zugang zu bester Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Wo wären wir heute, wäre der Rat von Bertelsmann befolgt worden?

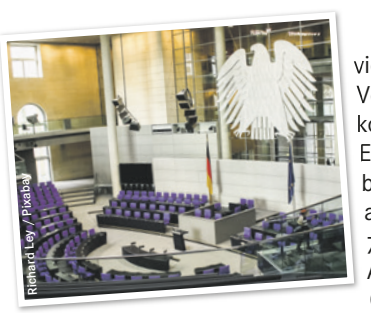
Covid-19 stellt uns vor große Fragen. Und ich bin sicher, dass progressive Politik von links hier Antworten bereithält und bereithalten muss. Dafür arbeite ich in Thüringen, Klaus Lederer in Berlin und Kristina Vogt in Bremen. ■

***Bodo Ramelow** ist Ministerpräsident des Freistaates Thüringen*

Die soziale Opposition

Linksfraktion im Bundestag macht Druck

Der Bundestag ist im Krisenmodus. In Rekordzeit werden Rettungsschirme und Hilfspakete durchs Plenum gejagt. Der Großen Koalition geht es vor allem darum, große Unternehmen zu retten. Das Geld sitzt locker, solange es um Hilfen für Konzerne geht. Weniger großzügig zeigt man sich an anderer Stelle. Dabei geht es für viele Menschen um die blanke Existenz. »Die Corona-Pandemie trifft die am härtesten, die wenig haben, und verschärft existierende Missstände«, warnt Amira Mohamed Ali, Co-Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. Ihr Co-Vorsitzender Dietmar Bartsch bekräftigt: »Die Corona-Pandemie bedroht nicht nur die Gesundheit, sondern auch die kleinen Geldbeutel von Arbeitslosen und Menschen mit geringen Renten: Billige Lebensmittel sind knapper. Viele Lebensmitteltafeln mussten schließen. Die Regelbedarfe sind laut Bundesverfassungsgericht sowieso sehr gering. Im Konjunkturpaket der Bundesregierung sind keine Hilfen für diese Menschen vorgesehen. Die Bundesregierung sollte hier dringend nachbessern!« Und so brachte die Linksfraktion einen Antrag ein, der vorsieht, die Hartz-IV-Leistungen »für die Dauer der Krise um 200 Euro pro Person und Monat zu erhöhen«. Zudem sollen schulpflichtige Kinder aus Hartz-IV-Haushalten einen einmaligen Zuschuss von 500 Euro für Computer und weitere IT-Ausstattung erhalten. Die Linksfraktion ist es auch, die eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent fordert. Fraktionsvize Susanne Ferschl rechnet vor: »Eine Hotelangestellte im Servicebereich hat ein Vollzeit-Nettoeinkommen von 1.300 Euro. Bei Kurzarbeit null erhält sie aktuell nur noch 780 Euro.«



Auch wenn die Große Koalition viele Vorschläge abwürgte, konnte sich DIE LINKE in einigen Punkten durchsetzen. So hat die Bundesregierung den Zugang zu Hartz-IV-Leistungen vorübergehend erleichtert. Auch die beschlossene Aussetzung von Hartz-IV-Sanktionen für die Dauer der Pandemie war eine Forderung der LINKEN. ■

Die Weichen neu stellen

Statt Milliarden für Konzerne brauchen wir eine mutige Verkehrswende und gute Jobs – das bringt alle voran

Die Bundesregierung steckt in der Corona-Krise 9 Milliarden in die Rettung der Lufthansa und mehr als 8 Milliarden in die Deutsche Bahn. Wer ein Elektroauto unter 40.000 Euro kaufen will, dem legt die Regierung 6.000 Euro drauf. Das heißt: Die Unternehmen können zu geringeren Preisen anbieten, ohne dass ihre eigenen Gewinne geschmälert werden. Zuschüsse für Fahrräder, ÖPNV-Tickets, Bahncard? Fehlanzeige! Einfluss auf die Unternehmen nehmen, damit die Lufthansa etwa Inlandsflüge einstellt und Fracht auf die Schiene kommt? Fehlanzeige! Die Regierung will modernisieren, aber die Macht der Konzerne nicht einschränken.

DIE LINKE will eine echte Verkehrswende: Dabei stehen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt, nicht Profite. Bus und Bahn werden ausgebaut, mit genügend Personal. Der ÖPNV wird kostenlos, damit alle mitfahren können. Lieferverkehr wird weniger und sauberer. Es entstehen neue Fuß- und Radwege, damit alle gut und sicher unterwegs sind. Das alles kostet Geld, aber allein das Umweltbundesamt weist jährlich fast 60 Milliarden an umweltschädlichen Subventionen aus. 40 Milliarden könnten schnell eingespart werden: Allein das Dienstwagenprivileg kostet 3,1 Milliarden im Jahr, die Bezuschussung von Diesel rund 8 Milliarden. Wir wollen Lufthansa und Deutsche Bahn in einem öffentlichen Unternehmen zusammenlegen. So können umweltschädliche Flüge reduziert, Bahnstrecken ausgebaut und Tickets günstiger werden. Die Beschäftigten brauchen gute Perspektiven. Allein bei der Lufthansa sind gerade 22 000 Jobs in Gefahr. In einem Mobilitätskonzern Deutsche Bahn–Lufthansa können sichere und sinnvolle Arbeitsplätze entstehen. Und wichtig: Bahnfahren wird bezahlbar. Die Bahncard 50 wird für alle kostenlos, alternativ kann die Prämie für ein Jahresticket für den ÖPNV eingesetzt werden.

> *„DIE LINKE will Schritt für Schritt die Fahrpreise senken, bis hin zu kostenlosem Nahverkehr.“*

Wir wollen zudem den ÖPNV ausbauen und kostenlos machen. DIE LINKE will Schritt für Schritt die Fahrpreise senken, bis hin zu kostenlosem Nahverkehr: zuerst für Kinder und Jugendliche, Senior*innen und Menschen mit geringem Einkommen. Gleichzeitig muss der ÖPNV in Takt und Fläche wachsen. Es braucht Investitionen, mehr Stellen, gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wer die Mobilität von morgen will, muss die Autoindustrie umbauen. Es müssen mehr Busse, Bahnen und Sammeltaxis fahren, auch auf dem Land. Das bringt neue Jobs: 10 000 Stellen in der Schienenproduktion, 100 000 in Schienenfahrzeugbau und Instandhaltung werden benötigt, dazu Zehntausende Stellen im ÖPNV. In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass Konversion möglich ist. Zulieferer haben schnell von Autoteilen auf Schutzmasken umgestellt.

imago images / photothek / Thomas Trutschel

Wir müssen auch den Güterverkehr verbessern und unnötige Transporte vermeiden. Die internationalen Konzerne sorgen dafür, dass immer mehr Transportkilometer in den Produkten stecken, weil die profitabelsten Bedingungen genutzt werden. Produziert wird da, wo die Löhne niedrig sind. Es braucht eine Umkehr: Güterverkehr muss auf die Schiene und es braucht gute Lösungen für die »letzte Meile«: So wie Paketlieferung jetzt organisiert ist, kann es nicht bleiben. Lieferwagen verstopfen die Straßen, die Lieferant*innen werden schlecht bezahlt – und Konzerne wie Amazon machen fette Gewinne.

Für uns gilt: Die Straße ist für ALLE da. Wer zu Fuß oder mit dem Rad, mit dem Kinderwagen oder Rollator unterwegs ist, kennt gefährliche Situationen. Der öffentliche Raum muss gerechter genutzt werden. Es braucht Tempolimits: 30 km/h in der Stadt und 120 km/h auf Autobahnen. Mehr Radwege, Zebrastreifen und Ampeln machen es Radfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgängern leichter. Temporäre Radwege können sofort angelegt werden.

shutterstock / ocphoto

Gesundheit für alle

Corona ist die erste globale Pandemie des 21. Jahrhunderts und kann nur weltweit bekämpft werden. Doch das jährliche Budget der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beträgt rund 2 Milliarden US-Dollar. Das ist weniger als der Etat der Region Hannover! Unternehmensnahe Stiftungen machten die unterfinanzierte WHO mehr und mehr zum Mündel von Pharmaunternehmen, die die Medikamentenpreise hochhalten und über den Patentschutz Gewinne abschöpfen. Private Spender wie Bill Gates sind nicht die Ursache für die Krise der WHO, sondern allenfalls ihr Symptom. Die Finanzierung der WHO muss unabhängig von wirtschaftlichen Interessen durch staatliche Pflichtbeiträge gesichert werden. Die WHO muss demokratisiert werden. Derzeit gibt es nicht einmal die Möglichkeit von Anhörungen, wie etwa im Bundestag. Die WHO muss mutiger werden, denn sie kann völkerrechtlich bindende Vorschriften verhandeln.

Klimagerechtigkeit jetzt!

Wir besiegen Corona und retten das Klima

Die Corona-Pandemie hat alle anderen Probleme überlagert. Dabei dürfen wir den Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren. Während das Land noch unter den Folgen der Pandemie leidet, geht im nordrhein-westfälischen Datteln ein neuer Kohlemeiler ans Netz. Dabei ist Kohlekraft ein Klimakiller. DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm für den Kohleausstieg. Dazu einen Fonds zur Absicherung der Beschäftigten. Wir wollen einen zügigen und sozial abgefederten Ausstieg aus der Kohleverstromung. Der Kohleausstieg muss sofort beginnen. Spätestens 2030 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz. Mit Umweltverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern fordert DIE LINKE einen grundlegenden Wandel in der Verkehrs-, Energie- und Klimapolitik. Das ist dringend notwendig, es ist bezahlbar und würde das Leben für Millionen Menschen verbessern. Wir stehen an der Seite von Fridays For Future und anderen Bewegungen, die für einen konsequenten Klimaschutz kämpfen. DIE LINKE war bei den Klimaaktionen der letzten Jahre immer solidarisch mit dabei. Wie wichtig das auch den Wähler*innen der LINKEN ist, zeigen die Umfragen. Demnach ist Klimagerechtigkeit neben sozialer Gerechtigkeit für die Anhänger*innen der LINKEN das drängendste Thema. Mit ihrem neuen »Aktionsplan Klimagerechtigkeit«, der eine Welt ohne Kohle, Gas und Erdöl bis 2030 skizziert, hat die LINKE-Bundestagsfraktion jetzt inhaltlich nachgelegt. Lorenz Gösta Beutin, energie- und klimapolitischer Sprecher der Fraktion, stellt klar: »Die Linkspartei hat sich ihre Glaubwürdigkeit beim Schutz der Schwächsten hart erarbeitet. Heute verstehen immer mehr, dass soziale Ungerechtigkeit und Klimakrise zusammen bekämpft werden müssen. Die Corona-Pandemie geht vielleicht bald vorbei. Klimagerechtigkeit aber wird uns noch Jahre beschäftigen.« Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gestaltet ist.

Martin Heinlein

Martin Heinlein

Wohin die Reise geht

Die Corona-Krise hat alle Bereiche unseres Lebens und unserer Wirtschaft getroffen. Wir merkten, wie wichtig eine gute Kinderbetreuung ist, als sie nicht mehr da war oder wie schlecht unsere Schulen tatsächlich ausgestattet sind. Ob in der Pflege, an der Supermarktkasse oder bei der Postzustellung, die Arbeit so vieler Menschen musste unsere Gesellschaft am Laufen halten. Was aber war der Dank, außer dass wir ihnen zu Recht applaudierten? Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen? Leider Fehlanzeige.

Viele Menschen haben in dieser Krise begriffen, dass wir nicht nur gut bezahlte Arbeit, sondern auch soziale Vorsorge brauchen, um angstfrei und der Zukunft zugewandt leben zu können. Doch von den Unionsparteien ist hier nichts zu erwarten. Selbst jenen, die nach langer Arbeit nur eine spärliche Rente erhalten, will die CDU die Grundrente vorenthalten.

DIE LINKE will das Naheliegende anpacken: Entprivatisieren wir unser Gesundheitssystem und schaffen gesundheitliche Versorgung, die allen kostenlos zur Verfügung steht. Wenn vielen nun der Jobverlust droht, ist jetzt die Zeit, darüber zu diskutieren, wie wir alle garantiert vor Armut schützen. Der Klimawandel erfordert einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft. Dabei gilt: Es kann keinen nachhaltigen Umweltschutz geben ohne Sicherheit und Respekt für all die, die in der Industrie arbeiten. Ohne einen sozialen Schutzschirm wird ökologischer Fortschritt zum Privileg der Besserverdienenden.

Noch ist die Corona-Pandemie nicht bezwungen, aber eins scheint mir klar: Wir brauchen eine starke öffentliche Hand, um zu regulieren, was der freie Markt nicht regulieren kann. Wir brauchen Steuergerechtigkeit und eine Vermögensabgabe für einen demokratischen Sozialstaat und armutsfeste Renten. Gesundheit, Gerechtigkeit, Sicherheit: Das geht nicht mit dieser Regierung. Das geht nur mit sozialen Mehrheiten in linker Verantwortung. Machen wir die kommende Bundestagswahl zur Volksabstimmung über die Zukunft unseres Landes. Kommen Sie gut durch den Sommer!

Katja Kipping
ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Verpasste Gelegenheit

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist eine verpasste Chance. Es leitet keinen grundlegenden Richtungswechsel ein. Der dringend notwendige sozialökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft entfällt.

Die Regierung verteilt die rund 130 Milliarden Euro ungerecht. Erwerbslose gehen völlig leer aus. Die Grundsicherung wird nicht erhöht. Auch Millionen Beschäftigte im Niedriglohnsektor bekommen nicht mehr Lohn. Nicht einmal Pflegekräfte erhalten mehr Geld. Zusätzliches Personal für Krankenhäuser und Altenheime ist nicht eingeplant. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau fallen vollständig aus. Für die Rettung der Lufthansa wird mehr Geld ausgegeben als zur Unterstützung von Eltern und Kindern – wohlgemerkt ohne Bedingungen für Arbeitsplätze und Klimaschutz.

Der Bundesregierung geht es um eine Modernisierung des Kapitalismus. Die Interessen der Beschäftigten sind nachrangig. Unternehmen, die Staatshilfen erhalten, müssen keine Auflagen erfüllen: Weder müssen sie sich an Tarifverträge halten, noch sind ihnen Entlassungen untersagt.

Mit diesem Konjunkturpaket verpasst die Bundesregierung die Gelegenheit, die sozialökologische Verkehrswende einzuleiten. Sie hätte Bus und Bahn wesentlich mehr stärken müssen. Mit mehr Investitionen, besserer Bezahlung für die Beschäftigten, niedrigeren Bahnpreisen und der stufenweisen Einführung des ticketfreien Nahverkehrs.

Mehr noch: Es müssen die Bereiche gestärkt werden, die neuen Wohlstand schaffen: In Gesundheit, Pflege und Bildung werden Hunderttausende neuer und gut bezahlter Arbeitsplätze benötigt. Auch weitere Investitionen in Krankenhäuser und Altenheime, in Kitas und Schulen, in mehr bezahlbaren Wohnraum sind wichtig. Sie verbessern die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung.

Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel, sozial und ökologisch. Soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und Klimaschutz gehören zusammen. Dafür wird DIE LINKE weiter kämpfen.

Bernd Riexinger
ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Martin Heinlein

imago images / Petra Schneider

Vergessene Kinder

Corona verschärft die ohnehin schon große Bildungsungerechtigkeit in Deutschland

Seit Monaten sitzen Millionen Kinder zu Hause. Sie dürfen höchstens sporadisch in die Schule gehen. Die Eltern sind oft am Rande des Nervenzusammenbruchs: Heimarbeit und Heimunterricht müssen gleichzeitig bewältigt werden. Nur leider funktioniert das oft überhaupt nicht. Glücklich ist, wer in einem herrschaftlichen Eigenheim lebt und die Kinder morgens in den großzügigen Garten mit Swimmingpool und Klettergerüst schicken kann. Und wenn die Kinder sich für die Schulaufgaben mit Edel-Tablet in das eigene Kinderzimmer zurückziehen können. Es gibt jedoch auch Kinder, die weder einen Computer, Internet oder gar einen eigenen Raum oder Tisch zum Lernen in der beengten Wohnung haben. Das deutsche Bildungssystem hat bereits vor Corona die soziale Ungleichheit eher zementiert als verringert. Der Schulerfolg eines Kindes hängt in Deutschland immer noch von der sozialen Herkunft der Eltern ab. Wenn die Kinder und ihre Familien durch die Schulschließung auf sich gestellt sind, verschärft sich die Bildungsungerechtigkeit immer weiter. Um diese digitale Ausgrenzung abzumildern, hat die Bundesregierung 150 Euro Zuschuss für Computer beschlossen. Das reicht jedoch nicht aus. DIE LINKE fordert stattdessen, dass alle Schüler*innen mit Computern ausgestattet sein müssen. Jedes Kind muss einen Computer, Drucker und Internetanschluss zu Hause zur Verfügung haben. Deshalb brauchen Schulen kostenlose Leihgeräte für alle, die sich selbst keines leisten können. Das Geld ist da: Der »Digital-Pakt Schule« der Bundesregierung sieht fünf Milliarden Euro für digitale Ausstattung vor. Wir wollen Solidarität statt Konkurrenz! Keine Benotung von Aufgaben, die zu Hause gemacht werden. Prüfungen dürfen erst stattfinden, wenn kein Gesundheitsrisiko besteht und es ausreichend Vorbereitungszeit gab. Wenn das nicht möglich ist, werden die Noten für Mittlere Reife und Abitur aus vorhandenen Noten errechnet. Ein weiteres Problem ist die Lohnfortzahlung für Eltern, die in der Corona-Krise wegen geschlossener Kitas und Schulen ihre Kinder zu Hause betreuen müssen.

Bislang war die Fortzahlung auf sechs Wochen und 67 Prozent des Entgelts beschränkt. Diese Befristung wurde auch auf Druck der LINKEN Ende Mai ausgeweitet.

Lebensgefährliche Zustände

Geflüchtete in Griechenland sind der Pandemie schutzlos ausgeliefert

Weltweit trifft die Corona-Pandemie besonders Menschen, die in Armut leben, in engen Unterkünften, ohne fließend Wasser und Gesundheitsversorgung. Menschen, die die einfachsten Hygieneregeln zur Vermeidung der Ausbreitung – Abstand halten und Händewaschen – nicht einhalten können, weil es dort, wo sie leben, schlicht nicht möglich ist.

Auch in Europa gibt es diese Orte. Dazu zählen die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln. Noch im Februar waren über 40 000 Menschen dort untergebracht. Allein in Moria, dem größten Lager auf der Insel Lesbos, lebten 20 000 Menschen, obwohl das Camp zunächst nur für 3 000 Menschen ausgerichtet war. 40 Prozent von ihnen sind Kinder.

Unhaltbare Zustände im griechischen Flüchtlingslager Moria

imago images / ANE Edition

Mit Ausbruch der Corona-Pandemie in Europa und dem Anstieg der Fallzahlen wuchs die Sorge über die verheerenden Folgen, die ein Ausbruch in den Flüchtlingslagern haben würde. Auf Druck von Hilfsorganisationen sah sich die EU genötigt zu handeln und erklärte sich zur Aufnahme von 1 600 unbegleiteten Minderjährigen bereit. Davon sind aber bisher nur wenige Hundert auf einzelne EU-Staaten verteilt worden.

> *„Geflüchtete aus überbelegten Massenunterkünften müssen in Hotels, Jugendherbergen und Pensionen untergebracht werden.*

Die Bundesregierung kündigte an, 50 von ihnen in Deutschland aufzunehmen. Eine beschämend niedrige Zahl. Darüber hinausgehend haben daher mehrere Bundesländer beschlossen, selbst Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen. Zu den Bundesländern, die Geflüchtete aufnehmen wollen, gehören Hamburg, Sachsen, Berlin, Hessen und natürlich Thüringen, das sogar 500 aufnehmen möchte und damit den Rekord hält. Auch auf kommunaler Ebene gibt es aus dem Netzwerk der solidarischen Städte viele Erklärungen zur Aufnahmebereitschaft. Viele Kommunen erklärten, dass Unterkünfte einschließlich der Möglichkeit zur Quarantäne vorhanden sind.

Doch Bundesinnenminister Horst Seehofer ist nur bereit, dafür den Weg freizumachen, wenn auch andere EU-Länder sich beteiligen. Er wiederholt damit das Mantra der »europäischen Lösung«, die es jedoch angesichts der Weigerungshaltung der rechten Regierungen in Ungarn und Polen nicht geben wird. Und ein weiteres Argument schwingt in den Debatten gegen eine Aufnahme mit: die Coronapandemie selbst. Nachdem in mehreren Flüchtlingsunterkünften in Deutschland der Ausbruch des Virus bekannt wurde, wird eine rasche Aufnahme Geflüchteter aus Griechenland nun mit Verweis eben darauf verzögert.

Mitte Mai wurden zwei Migranten auf Lesbos positiv auf das Corona-Virus getestet. Sie waren kurz vorher aus der Türkei gekommen. Der befürchtete Ausbruch im Lager ist vorerst ausgeblieben, da Neuankömmlinge zunächst in Quarantäne kommen. Ein weiterer Grund ist, dass seit März kaum noch Geflüchtete den Weg nach Griechenland finden. Seit die türkische Regierung im Februar angekündigt hat, sich nicht länger an den EU-Flüchtlingspakt halten zu wollen, hat Griechenland die Überwachung der EU-Außengrenzen massiv verstärkt. Dabei wurde unter anderem am 4. März ein Geflüchteter aus Pakistan erschossen. Und es mehren sich Vorwürfe, dass griechische Sicherheitskräfte durch sogenannte Pushbacks Geflüchtete zu Land und zu Wasser gewaltsam in Richtung Türkei zurückdrängen.

Um die Risiken einer Ausbreitung des Virus für Alte und Kranke vor Ort zu minimieren, hat die griechische Regierung begonnen, Geflüchtete aufs Festland umzusiedeln. Aber für die verbliebenen 17 500 Migranten in Moria hat sich die Lage kaum verbessert. Das Lager steht seit Wochen unter Quarantäne, ihnen fehlt nach wie vor Strom und fließend Wasser. ■

Wir fordern:

- Sofortige Aufnahme Geflüchteter aus den Hotspots der EU.
- Aussetzung von Abschiebungen.
- Geflüchtete aus überbelegten Massenunterkünften müssen in Hotels, Jugendherbergen und Pensionen untergebracht werden.
- Stopp der Pushbacks an der Grenze und Stopp des EU-Türkei-Flüchtlingsdeals.

Grundrechte verteidigen!

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie waren ein schwerer, aber notwendiger Eingriff in die Grundrechte. So kann die zuständige Behörde Personen verpflichten, die eigene Wohnung nicht zu verlassen. Zudem sind nun Ausgangssperren möglich und können Ansammlungen von Menschen unabhängig von der Anzahl der Teilnehmer*innen verboten werden. Die Schließung von Schulen beschränkt das Recht auf Bildung, das Demonstrationsverbot die Versammlungsfreiheit.

Gesetze haben die Aufgabe, staatliche Willkür zu verhindern. Das leistet das Infektionsschutzgesetz nicht: Die Kriterien für die Anwendung sind vage, mögliche Maßnahmen greifen ohne Abwägung weit in die Grundrechte ein.

DIE LINKE fordert deshalb: Es darf keine Entmachtung der Parlamente in Bund, Ländern oder Kommunen geben, keine (Selbst-)Ermächtigung der Exekutive. Politische Betätigung muss möglich bleiben. Kein Einsatz der Bundeswehr im Innern! ■

imago images / Sven Simon

Geschlossene Spielplätze, Schulen und Kitas – starke, aber notwendige Einschränkungen.

Preisrätsel

Beantworten Sie folgende Fragen und mit ein wenig Glück gehören Sie zu den Gewinner*innen.
Kleiner Tipp: Die richtigen Antworten finden Sie in unserer Zeitung.

1. Wie viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus griechischen Flüchtlingslagern wollte die Bundesregierung in diesem Frühjahr aufnehmen?
A: 50 **B**: 500 **C**: 5 000

2. Wie viele Pflegekräfte fehlen in deutschen Krankenhäusern und Pflegeheimen?
A: 20 000 **B**: 100 000 **C**: 200 000

3. In München zahlt man pro Quadratmeter im Schnitt eine Kaltmiete von ...?
A: 17,50 € **B**: 14,90 € **C**: 11,60 €

Lösung: 1. ☐ 2. ☐ 3. ☐

1. Preis:
Onlineabo der Tageszeitung »Neues Deutschland«

2. Preis:
Büchergutschein im Wert von 75 €

3. Preis:
Büchergutschein im Wert von 25 €

4. bis 10. Preis
Gesichtsmaske »Solidarität«

Die Teilnahme am Gewinnspiel ist für alle möglich, ausgenommen Mitarbeiter der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinner sind der Rechtsweg und Barauszahlung ausgeschlossen.

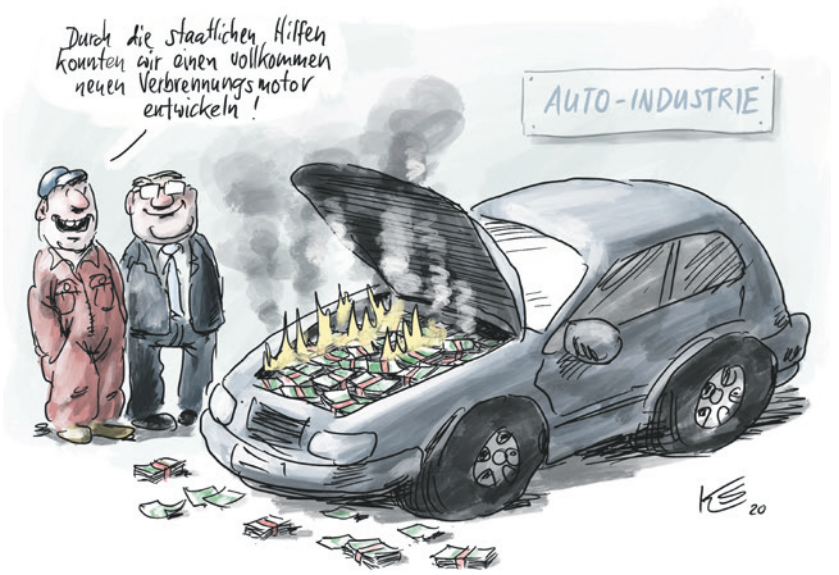
Die Lösung des Preisrätsels bitte bis zum 31. August 2020 senden an:
DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
oder per E-Mail an *gewinnen@dielinke.de*.

Alle Teilnehmenden stimmen zu, nach Ermittlung der Gewinnerinnen und Gewinner eine Benachrichtigung zu erhalten, ob sie gewonnen haben oder nicht. Zum Zwecke der Benachrichtigung bitten wir auch bei postalischer Antwort um die Angabe einer E-Mail-Adresse. Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke der Benachrichtigung aller Teilnehmenden nach Abschluss des Kreuzworträtsels verarbeitet und nach Benachrichtigung vollständig gelöscht. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter ***www.dielinke.de/datenschutz.***

Die Abzocker

Konzerne kassieren Staatskohle und schütten Dividenden an Milliardäre aus

Die Bundesregierung hat das größte Hilfs- und Investitionsprogramm für Unternehmen seit Bestehen der Bundesrepublik aufgelegt. Die Staatshilfen gehen zu einem großen Teil an Großkonzerne wie Adidas, Lufthansa und TUI, die im letzten Jahr Milliardengewinne gemacht haben. Der Reisekonzern TUI bekommt einen staatlich garantierten Kredit von über 1,8 Milliarden Euro und plant gleichzeitig, rund 8 000 Jobs weltweit einzusparen. Seinen Aktionären hat TUI über 400 Millionen Euro Dividende ausgezahlt. Die Beschäftigten werden (mindestens) bis Ende September 2020 mit abgesenktem Lohn in Kurzarbeit geschickt. Löhne und Sozialversicherungsbeiträge bekommt das Unternehmen aus der Arbeitslosenversicherung erstattet.



Die Lufthansa bekommt 9 Milliarden Euro an Staatshilfen. Das ist doppelt so viel wie ihr Börsenwert. Auflagen zur Beschäftigungssicherung oder zum Umweltschutz macht die Regierung dem ehemaligen Staatsunternehmen nicht. Lufthansa will trotz der Rettungsgelder 20 000 Arbeitsplätze streichen. Der Aktienkurs ist durch die staatliche Rettung allerdings gestiegen. Davon profitiert vor allem der Milliardär Heinz Hermann Thiele, dem 10 Prozent der Lufthansa gehören. Thiele ist mit seinem Vermögen von 13 Milliarden Euro einer der zehn reichsten Deutschen. Hätte er nicht beitragen können, sein Unternehmen zu retten?

Auch die Autokonzerne VW, Daimler und BMW schickten ihre Beschäftigten in Kurzarbeit und ließen sich Löhne und Sozialversicherungsbeiträge aus der Arbeitslosenversicherung erstatten. Damit die Autokonzerne mehr Elektroautos verkaufen, legt der Staat pro Auto 6.000 Euro drauf. Gleichzeitig zahlte BMW seinen Aktionären eine Dividende von über 1,6 Milliarden Euro aus. Knapp die Hälfte davon an die Milliardärsgeschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt, denen die Hälfte des Konzerns gehört. Auch die beiden zählen zu den zehn reichsten Deutschen mit privatem Vermögen von jeweils um die 15 Milliarden Euro. Daimler und VW haben ebenfalls angekündigt, Milliarden Euro an Dividenden an die Anteilseigner auszuschütten.

> *Die angekündigten Stellenstreichungen bei Lufthansa, Daimler und Co. zeigen, dass hoffnungsvolle Appelle nicht der richtige Weg sind.*

Und die Beschäftigten? Für deren Unterstützung hatte die Regierung bisher nicht viel drin. Sie sollen hoffen, dass die Unternehmen mit dem öffentlichen Geldregen Arbeitsplätze schaffen oder erhalten. Die angekündigten Stellenstreichungen bei Lufthansa, Daimler und Co. zeigen, dass hoffnungsvolle Appelle nicht der richtige Weg sind. Die Regierung will die Sozialversicherungsbeiträge auf maximal 40 Prozent beschränken, um die Unternehmensgewinne zu schützen. Das schwächt die Sozialversicherungskassen und damit Schutz und Sicherheit der Beschäftigten – aus denen sich die Unternehmen jetzt monatelang großzügig bedient haben, um sich die Lohnkosten für ihre Beschäftigten zu sparen. Es ist abzusehen, dass bald gefordert werden wird, die Sozialleistungen zu kürzen, weil die Kassen leer sind. Wir sagen: Nicht mit uns!

> *Es ist abzusehen, dass bald gefordert werden wird, die Sozialleistungen zu kürzen, weil die Kassen leer sind.*

Wir fordern:

- Kündigungsschutz für die Beschäftigten.
- Keine Auszahlung von Dividenden, wenn Unternehmen Staatshilfen bekommen.
- Obergrenzen für die Gehälter der Vorstände.
- Keine Boni für das Management.
- Soziale und ökologische Auflagen.

Konzerne: Aktionäre beschenken, beim Staat kassieren

Unternehmen	Staatshilfen und Leistungen der BfA*	Gewinn 2019	Dividenden
BMW AG	Kaufprämie, Kurzarbeit für 20 000 Beschäftigte	5 Mrd. €	1,64 Mrd. €
Daimler AG	Kaufprämie, Kurzarbeit für 170 000 Beschäftigte	2,7 Mrd. €	1,08 Mrd. €
Volkswagen AG	Kaufprämie, Kurzarbeit für 80 000 Beschäftigte	19,3 Mrd. €	4,73 Mrd. €
Continental AG	Kurzarbeit für 30 000 Beschäftigte	3,2 Mrd. €	800 Mio. €
TUI AG	KfW-Kredit über 1,8 Mrd. Euro 6 Mon. Kurzarbeit für 70 000 Beschäftigte	416,2 Mio. €	145,7 Mio. €
Helios Kliniken	560 € Tagespauschale für freistehende Betten 50 € /Patient für erhöhten Materialbedarf Erhöhung der tägl. Pflegeentgelte auf 185 €	670 Mio. €	468 Mio. €**

* Bundesagentur für Arbeit ** Angaben beziehen sich auf die Fresenius SE & Co. KGaA, den Mutterkonzern von Fresenius Helios. Die Fresenius Helios wiederum besteht aus beiden Klinikgruppen Helios in Deutschland und Quirónsalud in Spanien und Lateinamerika.

Keine Atombomber

Im Windschatten der Corona-Krise treibt Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) Pläne voran, die Tornado-Flotte der Bundeswehr durch insgesamt 138 neue Kampfflugzeuge zu ersetzen. Dazu will sie bis zu 93 Eurofighter von Airbus kaufen. Zusätzlich stehen 45 F-18-Kampflugzeuge von Boeing auf ihrem Wunschzettel, von den 30 auch mit Atomwaffen bestückt werden können. DIE LINKE lehnt die milliardenschwere Anschaffung von Kampfflugzeugen ab, insbesondere die Fortsetzung der »nuklearen Teilhabe«. Denn auf dem Fliegerhorst Büchel lagern US-amerikanische Atombomben, die im Ernstfall von deutschen Flugzeugen ins Ziel gebracht werden sollen. »Ein weiterer deutscher Zugriff auf Atomwaffen ist unverantwortlich«, meint Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. In Zeiten von Corona sind solche hohen Militärausgaben zynisch. Deutschland steigerte seine Militärausgaben im Jahr 2019 um 10 Prozent – das ist weltweit ein trauriger Spitzenwert.

Doppelt belastet

Krisen verstärken existierende Ungleichheit. Deshalb trifft die Corona-Krise Frauen besonders. In den vergangenen Monaten zeigte sich wieder einmal, wer sich im Ernstfall um Kinder und Haushalt kümmern muss. Alleinerziehende Frauen leiden derzeit besonders unter den Vereinbarkeitsproblemen zwischen Kindern und Beruf. Dabei sind Frauen häufig in systemrelevanten Berufen tätig – in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Supermärkten. Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld zementieren die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede. Denn für Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen – vielfach Frauen – ist diese Lohnkürzung eine Katastrophe. Frauen werden zudem häufig Opfer von häuslicher Gewalt. Auch wenn die offiziellen Zahlen oft keinen Anstieg der Zahlen in der Corona-Pandemie belegen, dürfte die Dunkelziffer sehr hoch sein.

Tödliche Ernte

Osteuropäische Erntehelfer*innen und Beschäftigte in der Fleischindustrie schufften unter miesen Arbeitsbedingungen. Zudem müssen sie häufig unter erbärmlichen hygienischen Verhältnissen in Baracken oder Containern hausen. Das hat Folgen: Die Fleischindustrie wird zum Corona-Hotspot. Allein bei Tönnies im Kreis Gütersloh wurden zuletzt Hunderte Mitarbeiter*innen positiv auf das Corona-Virus getestet. Es gab bereits den ersten Toten unter rumänischen Erntehelfern. DIE LINKE fordert deshalb, Saisonarbeiter*innen in Hotels, Jugendherbergen und Pensionen in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen.

Rente, Pflege, Verkehrswende? Fehlanzeige!

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung hilft vor allem Großkonzernen, DIE LINKE hingegen setzt bei den Menschen an

Die Bundesregierung will mit ihrem Konjunkturprogramm den Absturz der Wirtschaft verhindern. Doch von den 130 Milliarden Euro zur Überwindung der Krise hat die Regierung kein Geld vorgesehen für bessere Pflege, gute Bezahlung von Beschäftigten, sozialen Wohnungsbau, eine echte Verkehrswende oder wirksamen Klimaschutz. Stattdessen subventioniert sie mit Milliardenbeträgen die Modernisierung der Industrie: Konkurrenzfähigkeit bei Elektroautos, Wasserstoffproduktion und Digitalisierung. Die Erneuerbare-Energien-Umlage wird gesenkt, um diesen extrem stromintensiven Industriezweigen durch preiswerten Strom zum Durchbruch zu verhelfen. Die Wasserstoffproduktion soll von der EEG-Umlage völlig befreit werden. Energieeinsparung ist nicht geplant. Aber der steigende Stromverbrauch soll durch CO_2-neutralen Strom gedeckt werden. Weil man so viel davon in Deutschland nicht herstellen kann, werden afrikanische Länder mit verplant. Mit deutscher Technologie soll dort eine riesige Wasserstoffproduktion mittels Solarstrom entstehen, um den deutschen Bedarf zu decken. Künftige Bundeswehreinsätze in diesen Ländern sind daher schon absehbar.

Für normale Menschen gibt es einmalig 300 Euro pro Kind. Falls es den Unternehmern ins Gewinnkalkül passt, geben sie auch einen Teil der abgesenkten Mehrwertsteuer an die Verbraucher*innen weiter. Verpflichtet sind sie dazu nicht. Wenn Einkommen und Nachfrage gestärkt werden sollen, wäre es näherliegend und wirksamer, den Verbrauchern das Geld zu geben, statt den Unternehmen. Das kann durch Sicherung der Tarifbindung erfolgen: Staatliche Hilfen gehen beispielsweise nur an Unternehmen mit Tarifbindung. Ebenso würden die Erhöhung des Mindestlohns, die Anhebung der Grundsicherung und des Rentenniveaus Einkommen und Nachfrage stärken. Doch das tut die Regierung nicht.

> *Wenn Einkommen und Nachfrage gestärkt werden sollen, wäre es näherliegend und wirksamer, den Verbrauchern das Geld zu geben, statt den Unternehmen.*

Mit so viel Geld hätte man den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft finanzieren können: wirksamen Klimaschutz, Sicherung guter Arbeitsplätze und soziale Absicherung für alle. Das Investitionsprogramm der LINKEN rechnet mit 160 Milliarden Euro, wovon die Hälfte sich durch höhere Steuereinnahmen refinanziert. ÖPNV und Bahn könnten massiv ausgebaut und die Fahrpreise deutlich gesenkt werden. Pflegekräfte durch gute Arbeitsbedingungen und anständige Löhne zurück in den Beruf geholt werden. Offen ist zudem, wer für die Milliardenausgaben am Ende zahlen wird. DIE LINKE fordert eine einmalige Vermögensabgabe auf Vermögen oberhalb von 1 Million Euro. Zudem soll die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden.

Wir bleiben in Kontakt

Neu

Die aktuellsten Infos direkt aufs Smartphone.

Abonniere unseren Telegram-Kanal
https://t.me/dielinke

www.die-linke.de/newsletter
twitter.com/dielinke
facebook.com/linkspartei
youtube.com/dielinke
instagram.com/dielinke
flickr.com/die_linke

Impressum: Parteivorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030 / 24 00 99 99, kontakt@die-linke.de, www.die-linke.de

V.i.S.d.P. Jörg Schindler (Bundesgeschäftsführer)
Redaktionsschluss 15. Juni 2020
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

- ☐ Bitte schickt mir weitere Informationen.
- ☐ Ich will Mitglied der LINKEN werden.
- ☐ Ich will im Wahlkampf unterstützen.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter ***www.die-linke.de/datenschutz***

Bitte einsenden an:
DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
oder online unter www.linksaktiv.de

Linksaktiv.de

Wir brauchen Dich!
Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Hilf uns dabei, stärker zu werden und motiviere andere, mitzumachen. Melde Dich an und lade Freund*innen und Bekannte ein, DIE LINKE zu unterstützen.

www.linksaktiv.de